

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Anzeigen 1,40 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postgebühren, Postämter und Verlagsstellen sind zu bezeichnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Rr. 23 - 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postk. Dresden 2640      Donnerstag, den 28. Januar 1932

## Europas offene Wunde.

Man wird in Genf auf der Völkervereinigung demnächst neue Regale aufstellen müssen, um die zahlreich heran- und hereinströmenden Verträge einer internationalen Art unterbringen zu können. Die Herrscher Diplomaten machen sich ihren Verzug keineswegs leicht. Je unübersichtlicher die Welt wird, je mehr sich zum mindesten die wirtschaftlichen Spannungen verschärfen und je unruher in der Welt das Vertrauen fortgesetzt wird, desto höher stürzen sich diese Friedens-, Kriegs-, Nichtkriegs- und sonstigen Verträge, so daß es dem auf diese Welt umgebenen Friedensengel eigentlich „bang und bang“ werden müßte. Und es ist ein nicht gerade schmeichelnder Blick der Weltgeschichte, daß an dem gleichen Tage als man von der Vereinbarung über einen russisch-polnischen Nichtangriffspakt erfuhr, die Japaner die nord-mandschurische Hauptstadt Charbin besetzten und sich damit des Reiches der Mandschurei bis hinaus zur Grenze mit Sibirien bemächtigen. Es wird also im Fernen Osten dafür gesorgt, daß dem jetzt wieder in Genf zusammengetretenen Völkervereinigung nicht der Beratungsstoff ausgeht und die Delegierten keine Ruhe haben. Ältere, schon leicht angeschimmelte Kriegssächte, die die alte oder sonstige Verträge wieder einmal durchzuwühlen. Obwohl doch die so oft und laut in die Welt hinausgerufene französische Phrase von der „Heiligkeit der Verträge“ sich eigentlich nicht bloß auf jene Diktate oder Vereinbarungen erstrecken sollte, die zu Lasten Deutschlands gehen.

Moskau veranstaltet zurzeit eine Art Massenfabrikation von solchen Nichtangriffspakten. Oder wenigstens: man versucht sie zu fabrizieren. Alle Mandatsstaaten Rußlands, von Finnland im Norden bis Rumänien im Südwesten sollen oder wollen mit solchen Verträgen beglückt werden. Mit Finnland ist man bereits eins, mit Polen ist die Vereinbarung bereits - nach jahrelangem Hin und Her und zahllosen, teils richtigen, teils falschen Dementis - doch schon in das Paragrafen-gewand gehüllt worden. Übermäßig freundlich sind so die russisch-polnischen Beziehungen nie gewesen. Die ukrainische Frage ist ungelöst. Außerdem soll der neue Vertrag erst in Kraft treten, wenn Rußland auch mit Rumänien abgeklärt hat. Dort hat es neuerdings wieder Differenzen gegeben, weil zwischen den beiden Staaten auch noch eine „Ära“ existiert. Restarbeiten, das so einst zu Rußland gehörte. Und hiergegen hat die Sowjetregierung immer wieder protestiert, tut es auch jetzt wieder. Aber Witwinow, der jetzt als russischer Delegierter nach Genf zur Abrüstungskonferenz geht, hat schon lange dem Gedanken Ausdruck gegeben, sein Land solle auch mit Frankreich einen derartigen Pakt abschließen. Wenn man sich dabei auf die Verpflichtung bekräftigt, den Vertragspartner auch dann nicht anzuzweifeln, wenn er von anderer Seite her attackiert ist, wenn man sich also auf das militärische bekräftigt, das Politische aber beiseite läßt, dann wird man zwischen Paris und Moskau wohl zu einer solchen Vereinbarung kommen, die ein Werk sein würde, worüber sich zu freuen man den geschäftstüchtigen Diplomaten gern überlassen würde. Politische, wirtschaftliche, finanzielle „Äraen“ zwischen Rußland und Frankreich gibt es in Menge und ganz oben steht die eine: Was wird mit den etwa 130 Milliarden, die Frankreich so nach und nach, im Laufe von hundert Jahren, einst der Jarentregierung geliehen hat und von denen der französische Sparer herzlich wenig wieder-gesehen hat?

Deutschland hat ja vor nunmehr bald zehn Jahren mit dem Vertrag von Rapallo überhaupt als erste europäische Macht eine diplomatisch-staatsrechtliche Vereinbarung mit den Sowjets getroffen und hat - trotz mancher wirtschaftspolitischen Konflikte - die damals angeknüpften Beziehungen immer enger gestaltet. Der Vertrag von Rapallo selbst ist erst 1930 wieder erweitert worden - worüber man weder in Warschau noch in Paris sehr entzückt war! Auch das polnische Bestreben, auf die Mandatsstaaten Rußlands, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, unter einen antirussischen Hut zu bringen, ist mifflächlich, und schließlich ist auch in dem neuen russisch-polnischen Nichtangriffspakt von der in Warschau heiß ersehnten Garantierung der Westgrenze Polens nichts zu lesen. Hier brennt die offene Wunde Europas. Und Sowjetrußland hat gar kein über-mäßiges Interesse daran, daß sie sich bald schließt.

## Frankreichs neue Raubgelüste.

Doch französische Absichten auf die Reichsbahn? Das halbamtliche französische Nachrichtenbureau unterteilt die angeblichen Auswirkungen einer eingebenden Betrachtung, die eine vollständige Streckung der Tribute auf die Reichsbahn haben würde. Der Dawes-Plan, so heißt es, habe der Reichsbahn einen jährlichen Anteil an den Reparationszahlungen in Höhe von 60 Millionen Mark auferlegt. Dieser Beitrag sei auch im Young-Plan aufrechterhalten worden. Seine Aufhebung würde die Reichsbahn im Gegensatz zu den Eisenbahnen anderer Länder

## Reparationslügen.

### Gefälschte Tributbilanz.

Um zu beweisen, daß es im Recht ist in seiner Ablehnung einer Tributrevision, wendet Frankreich alle Mittel an, die geeignet erscheinen, nicht so sehr auf die Welt, als auf die eigene Volksseele überzeugend zu wirken. Den Franzosen imponiert einerseits nichts so sehr wie die große Phrase, das Schlagwort, andererseits ist er der kleinliche Rechner, für den in Geldfragen die Zahl eine durchschlagende Beweisraft hat. Diesen beiden Gegenständen in der französischen Volksmeinung kommen die Erklärungen der französischen Regierung entgegen, wenn sie einmal mit hohen und heiligen Worten, wie „Heiligkeit der Verträge“ oder „nationale Sicherheit“ um sich werfen, andererseits legt durch die Aufstellung von trockenem Zahlenmaterial dem „Voll der kleinen Rechner“ zu beweisen suchen, daß es noch lange nicht genug Tribute geschuldet, sondern noch viel mehr zu beanspruchen habe. So etwas hört man gern und ist mit seiner tüchtigen Regierung zufrieden, und diese Zufriedenheit der großen Menge braucht man jetzt in Frankreich ganz besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. Man kann es sich nicht denken, daß die Aufstellung, die der französische Finanzminister jetzt über die deutschen Reparationszahlungen gemacht hat, von ihm selbst ernst genommen werden. Sie sind zweifellos in demagogischer Absicht aufgestellt worden, ohne daß deshalb diese Rechnung entschuldbar wäre. Denn alle die zahlreichen Ausrechnungen, nicht allein von deutscher Seite, sondern auch von unparteiischen Sachverständigen, die zu einem Ergebnis kommen, daß Deutschland weit über das hinaus geleistet hat, was die „Wiedergutmachung“ erfordert, sind Herrn Riandin nicht unbekannt. Bezeichnend ist, daß Riandin die Einlegung eines internationalen Untersuchungs-ausschusses zur Erörterung dieser Streitfragen ablehnt, denn er weiß, daß die französische Berechnung niemals die Anerkennung irgendeines anderen Staates finden wird. Wie Frankreich sich die Verträge ausbedenkt, die seiner Ansicht nach gehalten werden müssen unter Verletzung derer, die ihm nicht passen, so mißbraucht es auch Zahlen und Statistiken, ohne Rücksicht auf Wahrheit, zum Dienste seiner selbsttätigen und expressen Absichten.

### Französische Rechenkunststücke.

Was Deutschland nach französischer Auffassung bisher an Tribut zu zahlen hat. Der französische Finanzminister Riandin machte im Finanzausschuß der Kammer ausführliche Mitteilungen über die deutschen Reparationszahlungen, wie sie nach französischer Auffassung bis zum 30. Juni 1931 bewertet werden müßten. Riandin erklärte, Deutschland habe bis zu diesem Zeitpunkt rund 3,1 Milliarden Goldmark an Devisen, 11,5 Milliarden an Waren und 3,7 Milliarden an abgetretenen Gebietsstellen geleistet. Von den Devisen- und Warenzahlungen habe Frankreich 52 Prozent erhalten. Der Anteil Frankreichs betrage rund 2,4 Milliarden Goldmark an Devisen, 5,3 Milliarden an Waren und 0,4 Milliarden an abgetretenen Gebietsstellen. Insgesamt habe Frankreich, also bis zum 30. Juni, rund 8,15 Milliarden Goldmark erhalten. Von dieser Summe seien jedoch gewisse Summen, z. B. für die Verpflegung der Armee, abzusetzen, die sich für die Alliierten auf rund 6,4 Milliarden Goldmark belaufen, wovon auf Frankreich rund 3 Milliarden entfielen. Der Restbetrag, der auf Tributkonto gutgeschrieben werden könne, betrage demnach rund 14,2 Milliarden Goldmark für die

Alliierten insgesamt und 5,1 Milliarden Goldmark für Frankreich allein (etwas mehr als 31 Milliarden Franc). Frankreich habe jedoch 97,8 Milliarden Franc an Wiederaufbaukosten gezahlt und bleibe noch etwa 5-6 Milliarden schuldig. In dieser Zahl seien die Zinsen und Zinseszinsen nicht mitgerechnet; auch sei ein Teil der Summen bereits bezahlt worden, als der Franc noch mehr als 20 Centimes wert gewesen sei. In Wirklichkeit habe Frankreich 175 Milliarden Franc ohne Zinsen bezahlt und

250 Milliarden, wenn man die Zinsen hinzurechnet. An Wiedergutmachungen für Personenschäden habe die Regierung außerdem 49 Milliarden Franc bezahlt, die sich mit den Zinsen auf 69 Milliarden erhöhten und sogar auf 124 Milliarden.

wenn man den Wert des Franc zur Zeit der Auszahlungen berechne. Diese Zahlen seien den Aufstellungen des Reparations-ausschusses, Pariser Gilberts und der V.3. entnommen.

Deutschland behauptete nun, bereits 56 Milliarden Goldmark, d. h. 330 Milliarden Franc, gezahlt zu haben. Bei den Zahlungen in Devisen bestehe zwischen den französischen und den deutschen Ziffern kein großer Unterschied. Deutschland beziffere aber die Naturalleistungen außergewöhnlich hoch und setze allein für die Abgabe der Handelsflotte 30 Milliarden Goldmark ein.

Leon Blum warf dem Reparations-ausschuß vor, die Zahlungsaufstellung nicht im Einklang mit Deutschland vorgenommen zu haben. Er wies abermals auf die Notwendigkeit der Einlegung eines internationalen Untersuchungs-ausschusses hin.

Riandin erwiderte, die deutschen Zahlungsaufstellungen seien vollkommen aus der Luft gegriffen; daher erübrige sich ein internationaler Untersuchungsausschuß.

### Entüllte Kunststücke.

Riandin „Errechnung“ der Wiederaufbaukosten. Zu den Erklärungen des französischen Finanzministers Riandin über die bisher von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen erklärte man in Berliner politischen Kreisen, daß diese französischen Angaben nicht neu seien. Die Ziffern über die deutschen Leistungen für den Wiederaufbau (21 Milliarden Goldmark) stammten von der Reparationskommission und seien von deutscher Seite stets abgelehnt worden. Die Gesamtkosten für den Wiederaufbau in Frankreich würden von Deutschland mit 80 Milliarden Franc berechnet und von französischer Seite mit 102 Milliarden Franc.

Riandin habe es fertiggebracht, durch Kunststücke diese Summe bis auf 250 Milliarden Franc (etwa 40 Milliarden Goldmark) zu steigern, indem er einen Aufwertungsfaktor des Franc ein kalkuliert hat und Zinsen und Zinseszinsen berechne.

Der französische Nationalökonom Pupin berechne die Aufbauschäden auf 8-12 Milliarden Goldmark, während der englische Nationalökonom Keynes 10 Milliarden berechne. Die Einkalkulation eines Aufwertungsfaktors berührt in Berliner politischen Kreisen deshalb so besonders merkwürdig, weil Frankreich es bisher stets abgelehnt hat, von einer Aufwertung des Franc zu sprechen.

Es sei daher auch in diesem Falle nicht möglich, eine Aufwertung in Anrechnung zu bringen, nur um höhere Zahlen zu erreichen.

Wie wir erfahren, soll die von amtlicher deutscher Seite schon lange Zeit angekündigte authentische Aufrechnung der deutschen Leistungen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

### In eine besonders bevorzugte Lage

bringen. Während die französischen Eisenbahnen 60 Milliarden Franc, die englischen 100 Milliarden Franc und diejenigen der Vereinigten Staaten 675 Milliarden Franc zu verzinzen hätten, blieben für die Reichsbahn in diesem Falle nur 12 Milliarden Franc. Die Vorteile einer derartigen Lage würden sich sofort auf die Gesamtheit der deutschen Industrie auswirken, deren Selbstkostenpreise dementsprechend fallen müßten. Die bevorzugte Stellung der Reichsbahn, zusammen mit den verhältnismäßig geringen öffentlichen Schulden, die sich ebenfalls aus der Streckung der Tribute ergäben müßte - so behauptet man in Paris - müßte der deutschen Wirtschaft einen für die Weltkonkurrenz folgenreicheren Vorteil geben.

Der erneute Hinweis auf die angebliche Verringerung der Reichsbahn gegenüber den ausländischen Eisenbahnen zu dem ausgedehnten Zweck, ihre Tributfähigkeit oder sogar notwendige Tributpflichtigkeit zu

Niederhaltung der deutschen Wirtschaftskonkurrenz nachzuweisen, ist ein Beweis dafür, daß man in Frankreich des Gedanken noch nicht aufgegeben hat,

die Hand auf die Deutsche Reichsbahn zu legen. Die Aufrechnung des halbamtlichen französischen Bureau geht aber auch sachlich von völlig falschen Voraussetzungen aus. Der Reichsbahn war es nur deshalb eine Zeitlang möglich, die ihr auferlegte jährliche Tributrate aufzubringen, weil der Dawes-Plan und später der Young-Plan sie verpflichtet hatte, diese Summen auf jeden Fall aufzubringen, während der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland selbst den ausländischen Anleihen zu verdanken war, mit denen also praktisch die Tribute bezahlt wurden. Nunmehr hat es sich erwiesen, daß infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges auch die Reichsbahn

schwerste Einbußen erlitten,

in den zwei letzten Krisenjahren sämtliche Reserven aufgebraucht hat und somit gleichfalls in den allgemeinen Niedergang hineingerissen worden ist. Die letzten Monatsausweise sowie die letzte Reststellung des Verwaltungsa-